



Projektland: Bulgarien

Quartal/Jahr: Januar - März 2010

1. Schlagzeilen

- Ende März wurden wichtige Änderungen der StPO im Parlament verabschiedet. Sie entsprechen den Empfehlungen der Europäischen Kommission und können unter folgenden Punkten subsumiert werden: Erweiterung des Umfangs der zulässigen Beweismittel, Reduzierung der Formalien im Strafprozess, Erweiterung der Befugnisse der ermittelnden Beamten.
- Im Februar erhielt die bulgarische Regierung Briefe aus Brüssel, in denen Bulgariens Bereitschaft für die Umsetzung der Mittel aus allen sieben operativen Programmen der Strukturfonds für die Periode 2007 – 2013 erstmalig positiv beurteilt wird.
- Die Entscheidung der Regierung die damalige Außenministerin Rumjana Jeleva als bulgarische Kandidatin für Europakommissarin mit Ressort „Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion“ zu nominieren, führte zu heftigen politischen Auseinandersetzungen auf der Brüsseler politischen Szene. Zum Schluss stellte Bulgarien eine neue Kandidatur und Jeleva trat auch als bulgarische Außenministerin zurück. Die neue bulgarische Europakommissarin ist Kristalina Georgieva, bis dahin Vizepräsidentin der Weltbank.
- In den letzten drei Monaten haben die Regierung und die Staatsanwaltschaft ihre Politik zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption fortgesetzt. Mehrere hochrangige Vertreter der vorherigen Regierung sind bereits angeklagt und die Verfahren gegen sie sind in unterschiedlichen Phasen.
- Die Wirtschaftskrise hat sich in den ersten zwei Monaten 2010 verstärkt und hat erhebliche Reduzierung der Staatseinnahmen in den ersten zwei Monaten 2010 bewirkt. Bis Ende Februar erreichte der Haushaltsdefizit für 2010 bereits 1,2 Milliarden Leva. Nach öffentlichen und politischen Diskussionen, einschließlich mit den Gewerkschaften und mit den Arbeitgeberorganisationen, beschloss die Regierung ein Paket von 60 Antikrisenmaßnahmen, die dem Fiskus 1,623 Mrd. Leva zusätzlich durch Einsparungen oder Einnahmen bringen werden.

2. Außen- und europapolitische Entwicklung

Der im März erschienene Zwischenbericht der Europäischen Kommission über Bulgarien bekundet weiterhin als größtes Problem das unreformierte und ineffektive Justizsystem. Die Regierung erhält positive Noten im Zusammenhang mit den Aktionen des Innenministeriums der letzten Monate. Die Strukturreformen der Nationalen Einnahmeagentur (Steuerbehörde) und des Zollamtes, sowie die begonnene Arbeit an einer nationalen Strategie zur

Bekämpfung der organisierten Kriminalität (OK) und der Korruption in den hohen Machtetagen, werden mit positiver Note ermutigt.

Die wichtigste Empfehlung der Experten der Kommission regt Änderungen der Verfassung und der entsprechenden Gesetze an, die jegliche Unklarheiten und Zweideutigkeiten in Bezug auf die Grenzen der Unabhängigkeit, sowie die administrative Aufsicht des Justizsystems beseitigen sollten.

Im Bericht wird weiterhin empfohlen, die administrative Kontrolle im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen und der Vergabe von Geldern aus den EU- Fonds zu verstärken.

Ende März wurden wichtige Änderungen der StPO im Parlament verabschiedet. Sie entsprechen den Empfehlungen der Europäischen Kommission und können unter folgenden Punkten subsumiert werden: Erweiterung des Umfangs der zulässigen Beweismittel, Reduzierung der Formalien im Strafprozess, Erweiterung der Befugnisse der ermittelnden Beamten. Zu den wichtigen Neuerungen gehört auch, dass nach Ermessen des Richters die Zeugnisse von anonymen Zeugen und die Beweismittel, gesammelt durch spezielle technische Mittel, ausreichend für die Verhängung von Strafurteilen sein werden. Außerdem werden die Beweise, die von der europäischen Betrugsermittlungsbehörde OLAF gesammelt sind, als Beweise im bulgarischen Prozess zugelassen.

Im Strafprozess wird die Option eingeführt einen Reserve-Verteidiger einzusetzen, der den am Prozess nicht erschienenen Anwalt ersetzen darf.

Den Polizeibeamten wird generell der Zeugenstatus im Prozess anerkannt, ausgenommen der im konkreten Fall ermittelnden Beamten. Diese Kompromissvariante wurde mangels parlamentarischer Mehrheit für die ausnahmslose Zulassung der Zeugenaussagen beschlossen. Als Hauptargument gilt hier die Annahme, dass wenn die ermittelnden Beamten auch Zeugenstatus im Prozess hätten, dies zu ihrer zeitlichen Überlastung führen würde.

Im Februar erhielt die bulgarische Regierung Briefe aus Brüssel, in denen Bulgariens Bereitschaft für die Umsetzung der Mittel aus allen sieben operativen Programmen der Strukturfonds für die Periode 2007 – 2013 erstmalig positiv beurteilt wird. Ende 2009 wurden bekanntlich alle eingefrorenen EU- Mittel aus ISPA und PHARE freigegeben.

Somit hat Bulgarien vollen Zugang zu allen vorgesehenen EU- Mitteln und dies wird als ein großer Erfolg der neuen Regierung anerkannt.

Die größte Herausforderung bleibt unter Zeitdruck, Mittel aus den operativen Programmen für Projekte abzurufen. Bis Ende 2009 wurden Verträge für insgesamt 1,4 Mrd. Euro abgeschlossen, aber nur 72 Mio. Euro wurden effektiv ausbezahlt. Das sind nur 1,3 % von den Mitteln aus den EU- Strukturfonds, die Bulgarien für die Periode 2007 – 2013 umsetzen darf.

Im Februar verlängerte die Europäische Kommission die Frist für Vertragsschließungen mit Mitteln aus dem Instrument Schengen (spezieller EU- Fond für die Vorbereitung der Grenzen auf den Schengenbeitritt) bis zum 31. März 2010. So konnten 100 % der dazu vorgesehenen 161 Mio. Euro in Anspruch genommen werden. Bulgarien und Rumänien wollen im März 2011 dem Schengener Abkommen beitreten.

Am 17. März wählte das Parlament Tomislav Donschev, bisher Bürgermeister der Stadt Gabrovo, zum Minister für die europäischen Fonds. Als neuer Minister wird er alle Projektanträge koordinieren, die Gemeinden unterstützen und Kontrolle bei Antragstellungen und Vergabe von EU- Mitteln ausüben.

Die Entscheidung der Regierung die damalige Außenministerin Rumjana Jeleva als bulgarische Kandidatin für Europakommissarin mit Ressort „Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion“ zu nominieren, führte zu heftigen politischen Auseinandersetzungen auf der Brüsseler politischen Szene. An der Anhörung im

europäischen Parlament wurden viele ihrer Antworten bezüglich der Krisensituationen in Afghanistan, Kongo, Sudan und Palästina als inkompetent von den Fraktionen der Sozialisten, der Liberalen und der Grünen im Europäischen Parlament bewertet. Außerdem hatte Jeleva keine klaren Antworten auf die Anfragen danach, ob es bei ihr einen Interessenkonflikt gäbe. Von 2007 bis Juli 2009, in der Zeit als sie Europaabgeordnete war, blieb sie auch Geschäftsführerin der Firma "Globul Konsult".

Die EVP stand zwar fest hinter ihrer Kandidatur, aber es drohte die Gefahr, dass wegen der Ablehnung Jelevas im Europäischen Parlament auch die gesamte neue EU-Kommission keine Mehrheit bei der Wahl bekommt. Am 19. Januar gab Jeleva offiziell ihren Rücktritt als Kandidatin für Europakommissarin und als bulgarische Außenministerin bekannt. Am gleichen Tag nominierte die Regierung in Sofia Kristalina Georgieva, Vizepräsidentin der Weltbank, als neue bulgarische Kandidatur für die EU-Kommission. Diese Nominierung wurde sowohl in Bulgarien, als auch in Brüssel positiv gewertet. Georgieva ist die neue bulgarische Europakommissarin mit dem Ressort „Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion“.

Am 24. und am 25. Januar weilte der bulgarische Ministerpräsident Boyko Borissov auf Einladung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem offiziellen Besuch in Berlin. An der Pressekonferenz nach dem Arbeitsmittagessen sagte Merkel, dass die Schritte Bulgariens zum Schengen-Beitritt und zur Einführung des Euros absolut objektiv aus deutscher Sicht bewertet werden. Sie ermutigte die Reformen und die Schritte der bulgarischen Regierung zur Justizreform und zur effektiven Strafverfolgung.

Die Delegation des bulgarischen Ministerpräsidenten hatte noch Arbeitstreffen mit dem Vorsitzenden des Bundestages, Dr. Norbert Lammert, und mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit.

Am 27. Januar wurde auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Borissov der bisherige Verteidigungsminister Nikolai Mladenov zum Außenminister und der bisherige Stellvertreter des Verteidigungsministers Anju Angelov zum neuen Verteidigungsminister vom Bulgarischen Parlament gewählt.

Die meisten Analysen in den bulgarischen Medien legen diese personellen Änderungen des Ministerrates keinesfalls als Nachteil für die GERB- Regierung aus. Ergebnisse durchgeführter Umfragen zeigen, dass es für die schnelle Reaktion des Ministerpräsidenten Borissov eine breite Zustimmung im Lande gibt.

Am 15. Januar eröffneten gemeinsam der bulgarische Ministerpräsident Borissov und der griechische Ministerpräsident Papandreu an einer offiziellen Zeremonie den neuen Grenzübergang Zlatograd - Xanthi. Bis zur Eröffnung dieses Übergangs gab es auf einer Strecke von knapp 200 Kilometer keine Straße zwischen den beiden Ländern. Der neue Übergang wird den Tourismusverkehr zwischen Bulgarien und Griechenland im Rhodopengebirge und an der Ägäisseeküste, sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kontakte der grenznahen Gemeinden fördern.

Ab März wurde am wichtigsten bulgarisch-griechischen Grenzübergang Kulata – Promahon die gemeinsame Grenzkontrolle an einem Schalter eingeführt.

Ab Ende Januar bis Ende Februar blockierten griechische Bauern, die für sich höhere EU-Subventionen forderten, alle griechisch-bulgarischen Grenzübergänge für längere Zeit in unregelmäßigen Abständen. Die Grenze blieb manchmal tagelang geschlossen, es bildeten sich kilometerlange LKW- Schlangen. Die vor den Grenzübergängen auf bulgarischem Gebiet wartenden Fahrer wurden vom Bulgarischen Roten Kreuz versorgt. Die Situation eskalierte und in Bulgarien brach Empörung aus, als im Fernsehen Reportagen gezeigt wurden, wie protestierende griechische Bauern die Nächte in bulgarischen Casinos an der

Grenze verbringen und sich mit Glücksspielen vergnügen. Die Blockade führte zu millionenschweren Verlusten für viele bulgarische Firmen und war wochenlang Thema Nummer eins in den bulgarischen Medien. Die bulgarische Regierung hat wegen der Grenzblockaden gegen Griechenland in der Europäischen Kommission protestiert und angemahnt, wegen Verletzung des Prinzips des freien Menschen- und Warenverkehrs Griechenland zu verklagen.

Erst Ende Februar haben die griechischen Bauern die Grenzblockade aufgehoben.

3. Innenpolitische Entwicklung

Am 10. Januar fand der zweite Kongress der Partei GERB an dem über 1 200 Delegierte aus dem ganzen Land teilnahmen. Hauptpunkt in der Agenda war die Wahl eines neuen Parteivorstandes, sowie des neuen Aufsichtsausschusses. Der Gründer der Partei, Ministerpräsident Boyko Borissov, wurde mit absoluter Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt, der bisherige Vorsitzende, Innenminister Tsvetan Tsvetanov – zum stellvertretenden Vorsitzenden. Der personelle Wechsel an der Spitze der Partei GERB wurde längst erwartet, weil der Parteigründer Borissov früher als Oberbürgermeister von Sofia aus gesetzlichen Gründen nicht zugleich Parteivorsitzender sein durfte. Deshalb konnte Borissov vom Gründungsparteitag nicht zum Parteivorsitzenden gewählt werden. An der Politik der Regierungspartei ändert der Wechsel an der Spitze kaum etwas, weil seit der Gründung von GERB Boyko Borissov de facto der Leader dieser Partei war.

In seiner Rede auf dem Parteitag sagte Borissov, dass die Korruptionsbekämpfung auch weiterhin eine der wichtigsten Prioritäten der Regierung bleibt. Die Macht verführe manch einen dazu krumme Wege einzuschlagen, aber GERB werde auch gegen die eigenen Leute, die solche Wege gehen, absolut kompromisslos sein.

Am 31. März hatte der Gesundheitsminister Bojidar Nanev sein Rücktrittsgesuch dem Ministerpräsidenten überreicht, dem dieser sofort zustimmte.

Ein Tag zuvor hatte die Staatsanwaltschaft gegen Minister Nanev wegen der Schließung von zwei ungünstigen Kaufverträgen für die Einfuhr des Antigrippemedikamentes "Tamiflu" Anklage erhoben. Die Verträge wurden nach Abklang der Grippepandemie im Dezember 2009 abgeschlossen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft habe es für den Import dieses Medikaments damals günstigere Angebote gegeben. Aus welchem Grund der Minister diese Verträge geschlossen hat, ob er dabei von Beamten seines Ministeriums irreführt worden ist, ist zurzeit nicht klar. Der Ex-Minister bleibt während des Prozesses auf freiem Fuß gegen eine Geldgewähr von 2 000 Leva. Ministerpräsident Borissov wird seine Nominierung für einen neuen Gesundheitsminister im April bekannt geben.

Am 16. Februar erklärte das bulgarische Verfassungsgericht die Wahl von drei Abgeordneten im bulgarischen Parlament als gesetzeswidrig wegen der Wahlrechtsverletzungen in den Wahllokalen in der Türkei bei der Parlamentswahl am 5. Juli 2009 (s. Quartalbericht 3. und 4. 2009). Mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts wurden 18 358 Wahlzettel aus der Türkei für ungültig erklärt. Infolgedessen wurden nach den entsprechenden mathematischen Berechnungen drei Abgeordnetenmandate annulliert. Anstelle eines Abgeordneten von der Partei "Ordnung, Legalität, Gerechtigkeit" (OLG) wurde ein Abgeordneter der gleichen Partei aus einem anderen Kreis gewählt. (Die Wahlstimmen aus dem Ausland werden nach Proporz auf die Wahlkreise in Bulgarien verteilt. So erklären sich die Änderungen, weil auch minimale Zahlen auf die Verteilung der Mandate Einwirkung haben).

Anstelle einer Abgeordneten von der UDK (Union der demokratischen Kräfte) kam ein Vertreter der Bauernpartei – Venzislav Varbanov ins Parlament. (Die Bauernpartei hatte sich der Blauen Koalition angeschlossen, hatte aber bis jetzt keinen Abgeordneten). Varbanov

erklärte gleich, dass er die Fraktion der Blauen Koalition verlässt und nunmehr als Unabhängig gilt. Er sagte auch, dass GERB auf seine Stimme im Parlament zählen kann. Anstelle eines Abgeordneten von der BRF (Bewegung für Rechte und Freiheiten – „Türkenpartei“) wuchs die Fraktion von GERB um einen weiteren Abgeordneten und zählt schon 117 Abgeordneten. Das bulgarische Parlament hat insgesamt 240 Sitze.

Eine Frage und die Antwort des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzministers Simeon Djankov in einer Talkshow des privaten Fernsehsenders „Nova televisia“ am 1. März führte zu einem grandiosen Skandal im Lande. Auf die Frage des Moderators, ob der bulgarische Staatspräsident Georgi Parvanov ein junger Milliardär sei, antwortete Djankov scherzend: „Er ist nicht jung, definitiv“. Am nächsten Tag sagte Parvanov mit Pressestatement, dass Djankov seine Worte beweisen muss, oder er fordere seinen Rücktritt.

In der Vergangenheit gab es einige bulgarische Presseartikel mit nicht nachweisbaren Behauptungen, dass Staatspräsident Parvanov infolge seiner informellen Kontakte zu dubiosen Geschäftsleuten bereits ein Riesenvermögen habe.

Am 5. März wurde der Finanzminister auf seine Bitte vom Staatspräsidenten zum Gespräch empfangen. Vor dem Treffen sagte Djankov den am Eingang des Präsidentenamtes wartenden Journalisten, dass er „den Konflikt beilegen weil, dass es keine Missverständnisse zwischen den Institutionen während der Wirtschaftskrise geben sollte“. Noch am gleichen Tag wurden auf der offiziellen Internetseite des Staatspräsidenten ein Stenogramm und eine Audioaufzeichnung des Gesprächs veröffentlicht. Beim Gespräch sind noch der Bürochef und zwei Berater des Staatspräsidenten anwesend gewesen. Parvanov hat beim Gespräch Djankov stark angegriffen, einschließlich mit harten Kritiken bezüglich seiner Finanzpolitik und ihn schon am Anfang mit Fragen wie: „Warum sind Sie überhaupt hierher gekommen?“ empfangen. Mangels politischer Erfahrung in Bulgarien (in den letzten 15 Jahren lebte Djankov in den USA und arbeitete bei der Weltbank) war er in der Position einer unsicheren Verteidigung während des Gesprächs.

Am nächsten Tag forderte die Parlamentspräsidentin Tsetska Tsatscheva auf offiziellem Weg die Audioaufzeichnung des Gesprächs und sagte, dass die Gesprächsaufzeichnung ohne Wissen und Einverständnis vom Djankov veröffentlicht wurde.

Auf Initiative der Fraktion von GERB wurde ein Amtsenthebungsverfahren von Parvanov wegen Verletzung der Verfassung initiiert. Der Hauptvorwurf bezog sich auf Verletzung des Art. 32 der bulgarischen Verfassung, nach dem niemand ohne sein Einverständnis aufgezeichnet werden darf und Aufzeichnungen dürfen ohne ausdrückliche Zustimmung des Aufgezeichneten nicht veröffentlicht werden. Außerdem solle laut Verfassung der Staatspräsident „die Einigkeit der Nation“ symbolisieren, dem widersprechen aber seine politischen Attacken gegen die Regierung.

Vorwürfe kamen auch von anderen Fraktionen. Ein Abgeordneter der Blauen Koalition sagte, dass ausländische Diplomaten frustriert seien, ob Parvanov auch die mit ihnen durchgeführten Gespräche aufzeichnet. GERB – Abgeordnete fragten, warum Parvanov nie andere Gesprächsinhalte veröffentlicht hat – zum Beispiel die Verhandlungen vor der Bildung der vorherigen Koalitionsregierung 2005.

Mit 162 Unterschriften von Abgeordneten der Parteien GERB, OLG, Ataka und der Blauen Koalition, wodurch die laut Verfassung erforderliche 2/3 Mehrheit erreicht wurde, konnte das Amtsenthebungsverfahren initiiert werden. Als nächster Schritt folgte die Debatte im Parlament über den Amtsenthebungsantrag und anschließend die dazu erforderliche Abstimmung. Erst nach Zustimmung durch eine parlamentarische 2/3 Mehrheit könnte das Verfassungsgericht darüber entscheiden, ob der Staatspräsident gegen die Verfassung verstoßen habe. Bei Bestätigung eines solchen Verstoßes von einer 2/3 Mehrheit der

Verfassungsrichter, würde der Präsident der Republik per Urteilspruch des Verfassungsgerichts seines Amtes enthoben..

Bei der Abstimmung im Parlament am 31. März enthielten sich die Abgeordneten der Partei OLG ihrer Stimme (sie waren nicht im Saal). So gab es nun 155 Stimmen für die Amtsenthebung von Parvanov, nicht ausreichend für den entsprechenden Antrag an das bulgarische Verfassungsgericht.

Im März gab Parvanov zwei Pressekonferenzen, in welchen er die GERB- Regierung hart angriff. Die Regierung, meinte er, sei unfähig die Wirtschaftskrise effektiv zu bekämpfen. Die Argumente für etwaige Verletzung der Verfassung seinerseits bewertete er als gegenstandslos. Er sei er vom Volk direkt gewählt und darin sehe er die moralische Stütze seiner Handlungweise.

Das Mandat von Staatspräsident Parvanov endet am 20. Januar 2012. Die nächste Präsidentenwahl in Bulgarien ist im Herbst 2011. Parvanov wurde schon zwei Mal gewählt und laut Verfassung darf er nicht wieder kandidieren. Bis 2001 war Parvanov Vorsitzender der BSP (Bulgarische Sozialistische Partei).

Nach der Bildung der neuen GERB- Regierung Ende Juli 2009 kommt es immer wieder zu starken Konfrontationen zwischen der Regierung und dem Staatspräsidenten (s. 4. Quartalbericht 2009). Es wird von vielen Kommentatoren und konservativen Politikern erwartet, dass Parvanov nach dem Ende seines Mandats eine neue linke Partei gründen will und deswegen jetzt dauernd eine Konfrontation mit GERB sucht.

4. Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität

In den letzten drei Monaten haben die Regierung und die Staatsanwaltschaft ihre Politik zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption fortgesetzt.

Am 31. März wurde Borislav Gutsanov, Vorsitzender des Stadtrates von Varna und Mitglied des Vorstands der Sozialistischen Partei mit mehreren Anklagen verhaftet. Bei der Durchsuchung wurden in seinem Haus 100 000 Leva in Briefumschlägen gefunden. Die Hauptanklage beschuldigt ihn des Betruges beim Kauf von gebrauchten Bussen für den Stadtverkehr im Wert von 2,5 Mio. Euro.

Mehrere hochrangige Vertreter der vorherigen Regierung sind bereits angeklagt und die Verfahren gegen sie sind in unterschiedlichen Phasen (s. 4. Quartalbericht 2009).

Der Strafprozess gegen die frühere Sozial- und Arbeitsministerin Emilia Maslarova hat begonnen. Das Gericht verhängte ihr 5 000 Leva Geldgarantie. Maslarova ist wegen amtlicher Veruntreuung in besonders hohem Maße angeklagt. Bei der Renovierung von Sozialämtern sollen etwa 11 Mio. Leva durch gefälschte Protokolle abgerechnet worden sein.

Der frühere Verteidigungsminister wurde auch angeklagt mehrere finanziell ungünstige und nicht notwendige Beschaffungsverträge in Millionenhöhe initiiert und unterschrieben zu haben. Für die Errichtung eines landesweiten angeblich für militärische Zwecke nutzbares analoges Telefonsystem mit optischen Kabeln hat das Verteidigungsministerium 120 Mio. Leva bezahlt. Ein solches Kommunikationssystem wird aber überhaupt nicht gebraucht, weil die bulgarische Armee bereits ein digitales hat.

Die Strafverfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten Sergey Stanischev und gegen den früheren Landwirtschaftsminister Valeri Tsvetanov sind noch in der Ermittlungsphase.

Ende März sagte der bulgarische Ministerpräsident Borissov, dass die letzte Regierung finanziell nicht gesicherte Verträge und Annexe dazu im Gesamtwert von 2,1 Mrd. Leva geschlossen hat. Viele dieser Verträge sind im letzten Monat vor der Parlamentswahl im Juli 2009 abgeschlossen worden. Zu dieser Zeit war bereits klar, dass infolge der Wirtschaftskrise und der Stagnation der Einnahmen diese Verträge nicht vom Staatshaushalt gedeckt werden können. Diese Gelder sind bis heute nicht bezahlt worden. Die Staatsanwaltschaft hat erste Ermittlungen wegen unbefugter Amtshandlungen gegen Plamen Orescharki (früherer Finanzminister), Asen Gagausov (früherer Bauminister) und Djevdet Tschakarov (früherer Umweltminister) eingeleitet.

Im Februar wurde ein organisiertes Verbrechensschema zur unrechtmäßigen Verleihung bulgarischer Staatsangehörigkeit und Gewährung von Daueraufenthaltsbewilligungen an Ausländer in Bulgarien aufgedeckt. Daran sind hochrangige Beamte beteiligt, wie Stefan Christov, Leiter der Direktion "Migration" des Innenministeriums, der verhaftet wurde. Es wird mit Bezug auf Beweismaterial behauptet, dass er zusammen mit einer organisierten Bande zunächst gefälschte Dokumente für die Anreise von Asylanten erstellt hat. Dann hat er aufgrund gefälschter Dokumente bei der "Feststellung" einer angeblichen bulgarischen Herkunft der Asylanten mitgewirkt, so dass denen (vor allem aus Moldau gekommenen) bulgarische Pässe oder Daueraufenthaltsbewilligungen erteilt wurden. Für jeden einzelnen Fall hat er je 10 000 Leva "kassiert".

Ebenfalls im Februar wurde Svetoslav Mitshev, Direktor der staatlichen Agentur für Flüchtlinge, entlassen und angeklagt. Bei der Renovierung eines Asylantenheimes habe er nach Angaben der Staatsanwaltschaft 200 000 Leva veruntreut. Das Gericht verhängte ihm eine Geldgarantie von 10 000 Leva.

Außerdem werden noch mehr Bürgermeister und Beamte wegen Veruntreuung, Betrug, Überschreitung der Amtsbefugnisse und vorsätzliche Schließung von ungünstigen Verträgen bei öffentlichen Ausschreibungen ermittelt.

Im Februar starteten die Polizei und die Staatsanwaltschaft eine Aktion unter dem Kodennamen „Oktopod“(Krake). Eine bulgarische Zeitung titelte am nächsten Tag: "Der Mann, dessen Namen niemand laut sagen wagte, ist in der Arrestzelle: Alexei Petrov". Er, wie auch 12 weitere Männer der Unterwelt in Bulgarien wurden in einer Nacht verhaftet. Die Anklage bezieht sich auf Leitung und Mittäterschaft in einer organisierten Gruppe, die in den letzten Jahren Straftaten (Wirtschaftsdelikte, Erpressungen, Entführungen, Bestechungen, Betrüge, Geldwäsche, Handel mit politischem Einfluss) begangen hat. Alexei Petrov hat seine Laufbahn bei der Polizei und als Trainer der bulgarischen Karatemannschaft in den 90-er Jahren begonnen. Er kennt als Sportkollegen den heutigen Ministerpräsidenten Borissov, für kurze Zeit hatten sie früher eine gemeinsame Sportfirma. Das veranlasste einige ausländische Medien zur Kritik an Borissov, er sei untätig gegen Petrov gewesen, weil beide mal Geschäftspartner seien. Diese Kritik ist aber unbegründet, weil erst die Regierung Borissovs den politischen Willen zeigte kompromisslos gegen Petrov als einen der vermuteten "Drahtzieher" der organisierten Kriminalität zu handeln. Für die früheren Regierenden in Bulgarien waren die dubiosen Aktivitäten Petrovs ohne Belang, manche wurden sogar institutionell unterstützt.

2001 wurde Alexei Petrov als geheimer Agent des bulgarischen Nachrichtendienstes angestellt. 2008 wurde die Staatliche Agentur für nationale Sicherheit (DANS) geschaffen. In dieser Agentur wurden mehrere Geheimdienste vereint, einschließlich des Nachrichtendienstes. Im gleichen Jahr wurde die Angehörigkeit Petrovs zur DANS öffentlich bekannt, nachdem der damalige Innenminister Rumen Petkov zugeben musste, dass Petrov ihm ein geheimes Treffen mit zwei Mafiabossen – Brüder Galevi – arrangiert hatte. Dies kostete den Posten von Petkov.

Alexei Petrov hingegen wurde zum Berater des Direktors der DANS befördert. Er hat dann auch an allen Besprechungen, einschließlich an solchen mit dem früheren Ministerpräsidenten Stanishev teilgenommen.

In den letzten Jahren ist sein Name immer wieder im Zusammenhang mit Gerüchten und Vermutungen seiner Angehörigkeit zur Mafia aufgetaucht.

Nach den Worten des Innenministers Tsvetanov ist die Verhaftung von Petrov der Beginn der entschlossenen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, die in Bulgarien mit den staatlichen Institutionen zusammengewachsen ist. Die großen Finanzressourcen, die der "Oktopod" im Laufe der Jahre gesammelt hat, haben ihm den Zugang auf allen Ebenen der Staatsmacht ermöglicht.

Bei der Durchsuchung der Firmen von Petrov wurden 10 Ordner mit Kopien von streng geheimen Dokumenten sichergestellt. Innenminister Tsvetanov sagte dazu, dass mit diesen Informationen Petrov den ganzen Staat hätte destabilisieren können.

Am 5. Januar wurde der berühmt berüchtigte Bobi Zankov, Radiomoderator und Autor von Boulevardromanen mit Sujets aus der bulgarischen Unterwelt, in Sofia auf der Straße erschossen. Er war wegen mehrfachen Betruges angeklagt und hatte bekanntlich enge Kontakte zu Vertretern der Mafia. Bislang gibt es noch keine Spur zu den Tätern, aber die Staatsanwaltschaft gab bekannt, dass Zankov wichtige Zeugenaussagen im Prozess gegen die Brüder Margini machen wollte. Der Prozess gegen diese Brüder wurde als der erste große Erfolg bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Bulgarien gewertet. Er läuft seit mehreren Jahren und wird immer wieder wegen Erkrankungen der Angeklagten, der Anwälte und der Zeugen unterbrochen.

5. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Die Wirtschaftskrise hat sich in den ersten zwei Monaten 2010 verstärkt und hat erhebliche Reduzierung der Staatseinnahmen in den ersten zwei Monaten 2010 bewirkt. Bis Ende Februar erreichte der Haushaltsdefizit für 2010 bereits 1,2 Milliarden Leva. Zum Vergleich waren im Januar 2009 die Staatseinnahmen 2,61 Mrd. Leva, Januar 2010 hingegen – nur 1,75 Mrd. Am meisten gesunken sind die Mehrwertsteuer- und die Zolleinnahmen. Der Fiskus schuldet privaten Firmen vor allem für erfüllte Bauaufträge über 500 Mio. Leva.

Die andauernde Wirtschaftsstagnation und die enorm höhere Belastung der Sozialsysteme wegen der Steigerung der Arbeitslosigkeit und der Rückkehr vieler arbeitslos gewordenen bulgarischen Emigranten aus dem Ausland sind die wichtigsten Faktoren für die schwere Situation der staatlichen Finanzen.

2009 endete mit einem Rückgang des jährlichen BIP um etwa 5 %.

Im Dezember 2009 erreichte die Arbeitslosenquote 9,13 %, im Februar 2010 knapp 10 %.

Nur im Januar 2010 wurden neue 29 000 Arbeitslose an der Arbeitsbörse gemeldet.

Die Inflation für die ersten drei Monate 2010 erreichte 1,4 %. Sie wurde größtenteils durch die angestiegenen Kraftstoff- und Tabakpreise verursacht.

Ein optimistisches Zeichen hingegen ist der Exportanstieg seit Anfang dieses Jahres. Im Januar 2010 wurden 13,1 % mehr Produkte als im Januar 2009 exportiert.

Die Prognosen der Regierung und des IWF für 2010 sind für ein minimales

Wirtschaftswachstum, zwischen 0,1 und 0,3 %. Der Finanzminister Djankov sagte aber noch im Januar, dass es auch pessimistische Szenarien gibt, für einen Wirtschaftsrückgang von über 2 %.

Die im März bekannt gewordenen hohen Defizitzahlen und die Prognosen für die nächsten Monate deuteten auf eine deutliche Überschreitung von 3 % des Haushaltsdefizits Ende des Jahres und auf eine für die Finanzstabilität gefährliche Schmelzung der Finanzreserven bei

der Zentralbank. Neben allen anderen negativen Folgen würde eine solche Entwicklung die Perspektiven für die baldige Einführung des Euros in Bulgarien streichen.

Nach öffentlichen und politischen Diskussionen, einschließlich mit den Gewerkschaften und mit den Arbeitgeberorganisationen, beschloss die Regierung 60 Antikrisenmaßnahmen, die dem Fiskus 1,623 Mrd. Leva zusätzlich durch Sparungen oder Einnahmen bringen werden.

Einige dieser Maßnahmen sind:

Die Ministerien werden nur so viel Mittel bekommen, wie viel es die realen Haushaltseinnahmen ermöglichen. Durch diese Reduzierung werden etwa 450 Mio. Leva gespart.

Durch Verkauf von staatlichen Minoritätsaktien von Unternehmen an der Börse werden weitere 250 Mio. Leva erwartet.

Der Verkauf und die Verpachtung von staatlichem Land wird Einnahmen von 160 Mio. Leva ermöglichen.

Bislang hat Bulgarien nur eine geringe Zahl der freien Emissionsquoten nach dem Protokoll von Kioto auf dem internationalen Markt verkauft. In diesem Jahr können zusätzlich frei Emissionsquoten im Wert von 300 Mio. Leva verkauft werden. Die bulgarische Regierung führt bereits Verhandlungen diesbezüglich mit Japan. Diese Gelder dürfen jedoch nur für Umweltprojekte ausgegeben werden.

Die Antikrisenmaßnahmen bezwecken auch eine stärkere soziale Solidarität. Ab Juli 2010 wird die so genannte Luxussteuer eingeführt. Immobilien mit Wert über 300 000 Leva und Fahrzeuge mit Wert über 70 000 Leva werden doppelt versteuert. Für private Yachten, Flugzeuge und Hubschrauber wird die Steuer verdreifacht.

Andererseits werden die Arbeitslosenentschädigungen auf 60 % des Einkommens im letzten Jahr erhöht. Bislang erhielten Arbeitslose unabhängig ihrer früheren Einkommen und bezahlter Sozialversicherungsbeiträge je nach Dauer der Arbeitsbeschäftigung zwischen 120 und 240 Leva. Diese Summen reichen aber weit nicht zum Überleben aus. Für alle Arbeitslosen bedeuteten sie ein Leben weit unter dem Existenzminimum.

Der Ministerpräsident Borissov sagte mehrmals in den letzten Monaten, dass die wichtigste und zugleich effektivste Antikrisenmaßnahme jedoch die harte und kompromisslose Verfolgung aller Politiker und Beamte, die gestohlen haben, bleibt. So werden Milliarden dem Steuerzahler erspart.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
 Autor: Bogdan Mirtshev, Projektleiter Bulgarien
 Lazarettstr. 33 – 80636 München –
 Tel.: +49 (0)89 1258-369 – Fax.: +49 (0)89 1258-359
 E-Mail: mirtchev@hss.de – Homepage: www.hss.de
 Erstellt am: 19.04.2010